

KOALITION FÜR DIE TIERE

Rue de la Combe 16
1260 Nyon
co@animaliste.ch
www.coanimaliste.ch

Nyon, 30. November 2020

**Bundesamt für
Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen (BLV)**

Herr Hans Wyss
Direktor
Schwarzenburgstrasse 155
3003 Bern

**«Verheerende Zoonosen und Tierseuchen stoppen!» – Ihre Antwort vom
16. Juli 2020 auf unseren offenen Brief an den Bundesrat vom 22. April 2020**

Sehr geehrter Herr Wyss

Mit grossem Interesse haben wir das im Betreff erwähnte Antwortschreiben und die darin dargelegten Argumente gelesen. Wir danken Ihnen, dass Sie sich die Zeit genommen haben, uns Ihre Position zu erläutern. Im Folgenden gehen wir auf einzelne Punkte ein.

Wir verstehen, dass Fragestellungen zu Tierseuchen und Zoonosen gewöhnlich im Zuständigkeitsbereich Ihres Amtes liegen. Mittlerweile ist diese Thematik aber auch zu einer grossen Herausforderung für die öffentliche Gesundheit geworden. Zudem betreffen die Forderungen, die wir in unserem offenen Brief formuliert haben, den gesamten Bundesrat und gehen weit über den Verantwortungsbereich eines einzelnen Bundesamtes hinaus. Deshalb erlauben wir uns, den ursprünglichen Adressaten unseres offenen Briefes, Herrn Berset und Frau Sommaruga, eine Kopie des vorliegenden Schreibens zukommen zu lassen.

Wir zweifeln nicht an der biologischen Komplexität der von uns vorgebrachten Thematik. Es scheint uns aber, dass sich trotz dieser Komplexität einige offensichtliche Tatsachen festhalten lassen. Dazu gehört das unmittelbare Umfeld, in dem in den letzten Jahrzehnten die Entwicklung von Tierkrankheiten oder bei Tieren oft harmlosen Viren zu tödlichen pandemischen Zoonosen beobachtet werden konnte. Niemand kann bestreiten, dass es sich dabei ausnahmslos um ein Umfeld handelte, in dem hauptsächlich für Nahrungszwecke vorgesehene Tiere ausgebeutet und misshandelt wurden. Wir erlauben uns, diese Situationen hier zusammenfassend noch einmal aufzuführen:

1. 1918 – **Spanische Grippe (H1N1)**: Geflügelzucht, USA
2. 1976 – **Ebola**: Jagd und Verzehr von Buschfleisch (Affen, Primaten, Antilopen, Stachelschweine), Südsudan/Kongo
3. 1981 – **AIDS (HIV)**: Jagd und Verzehr von Buschfleisch (Schimpansen und Gorillas), Kamerun/Gabun/Guinea/Kongo
4. 1996 – **Creutzfeldt-Jakob-Krankheit** (Rinderwahnsinn): Rinderzucht, Grossbritannien. Die Zoonose entstand aus einer Tierseuche im weitesten Sinne.
5. 1997 – **Vogelgrippe (H5N1)**, Geflügelzucht, Hongkong. Die Zoonose entstand aus einer Tierseuche im weitesten Sinne.

6. 2002 – **SARS (Coronavirus):** Wildtiermarkt, Wildtierhandel (Larvenroller und Fledermäuse), China
7. 2009 – **Schweinegrippe (H1N1):** Massentierhaltung von Schweinen, Mexiko. Die Zoonose entstand aus einer Tierseuche im weitesten Sinne.
8. 2012 – **MERS (Coronavirus):** Dromedar-Zucht, Saudi-Arabien
9. 2013 – **Vogelgrippe (H7N9):** Nutztiermarkt, Nutztierhandel (Hühner), China
10. 2019 – **COVID-19 (Coronavirus):** Wildtiermarkt, Wildtierhandel (Schuppentiere und Fledermäuse), China

Wie Sie aus dieser Aufzählung ersehen können, geht es nicht allein darum, den Kontakt zwischen Wild- und Haustieren anzuprangern, sondern vielmehr darum, unsere eigene Beziehung zu den nichtmenschlichen Tieren, die wir seit Jahrhunderten ausbeuten, zu hinterfragen. Ebenso wenig kann aus den obigen Daten geschlossen werden, dass Tierseuchen, die Zerstörung der Biodiversität und der Lebensräume von Wildtieren (z. B. der Fledermaus) oder die Massentierhaltung (hohe Tierdichte und Antibiotikaresistenzen) die einzigen Ursachen für das Auftreten von verheerenden Zoonosen sind, auch wenn das heute in den Medien häufig so dargestellt wird. Dennoch müssen wir anerkennen, dass es sich bei diesen Aspekten um wichtige erschwerende Faktoren handelt, die dringend angegangen werden müssen.

In Ihrem Brief schreiben Sie, dass das Risiko einer Übertragung von Influenzaviren von Wildvögeln auf Geflügel bei der Haltung in geschlossenen Ställen geringer sei als bei der Freilandhaltung. Dieser Ansatz ist problematisch, weil er nicht nur unsere Beziehung zu nichtmenschlichen Tieren unhinterfragt lässt, sondern sogar in die Richtung von noch mehr Misshandlungen weist.

Es ist legitim, Tierseuchen zu bekämpfen, um den Menschen vor Zoonosen zu schützen. Das vorderste Ziel dabei muss aber der Schutz der Hauptbetroffenen, nämlich der Tiere selbst, sein. Der Schutz des Menschen ergibt sich als logische Folge daraus.

Aus diesem Grund verurteilen wir die gegenwärtige Politik zur Prävention von Tierseuchen in der Schweiz aufs Schärfste. Diese Prävention zielt einzig darauf ab, im Interesse der Tierhaltenden und der potenziellen Konsumentinnen und Konsumenten einen gesunden Bestand von zur Schlachtung vorgesehenen Tieren zu erhalten. In keinem Fall stehen dabei die Gesundheit und ein möglichst langes und gutes Leben der Tiere im Vordergrund. Die Bekämpfungsmassnahmen, welche die Schweizer Gesetzgebung bei Verdacht auf eine Tierseuche oder Zoonose vorsieht, sind äusserst brutal und diskriminierend gegenüber den Tieren. Es dürfte Ihnen bekannt sein, dass kantonale Behörden im Rahmen dieser Massnahmen die Tötung von einzelnen oder ganzen Gruppen von gesunden, symptomfrei infizierten oder – mit oder ohne Behandlung – heilbar erkrankten Tieren anordnen können. Diese auf Ausrottung und Abschachtung basierende Politik muss ernsthaft infrage gestellt werden.

Dasselbe gilt für die Tierzucht und die Tierhaltung an sich, denn, wir sagen es noch einmal, wir müssen keine Tiere konsumieren, um gesund zu sein. **Eine Reduktion der Tierhaltungen und des Konsums von tierischen Produkten** in der Schweiz und weltweit würde nicht nur das Risiko von Tierseuchen, sondern auch den Antibiotikaeinsatz bei Tieren und damit das wachsende Risiko von antibiotikaresistenten Bakterien verringern.

Warum nicht diesen Ansatz zu einer gemeinsamen Stossrichtung der Schweizer Landwirtschaftspolitik, der Plattform «One Health», der Strategie Antibiotikaresistenzen Schweiz (StAR), der Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030 und der Strategie der internationalen Zusammenarbeit machen?

Bezüglich dieses letzten Punktes nehmen wir mit Bedauern zur Kenntnis, dass der Bundesrat der Ansicht ist, eine Entscheidung für ein weltweites Verbot von Wildtiermärkten und für die Einschränkung des internationalen Handels mit Wildtieren

oder deren Verwendung in der traditionellen Medizin sei verfrüht. Angesichts der Gesundheitsrisiken, die dabei auf dem Spiel stehen, wäre eine solche Entscheidung ein starkes Signal für einen Paradigmenwechsel und könnte von Massnahmen zur Bekämpfung von Wilderei und illegalem Handel sowie zum Auffangen der damit verbundenen sozialen und kulturellen Schwierigkeiten flankiert werden. Der grösste Handlungsbedarf und die grössten Mängel bestehen heute sicher auf dieser Ebene.

Erfreut haben wir hingegen zur Kenntnis genommen, dass der Bundesrat bereit ist, im Rahmen der Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2021–2024 einen kurzen Bericht über die Massnahmen zur Eindämmung von Zoonosen und zur Bekämpfung ihrer Ursachen zu verfassen (Postulat vom 26. Juni 2020, <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20203469>). Wir freuen uns auf die Lektüre dieses Berichts.

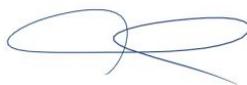
In Ihrem Brief schreiben Sie zur Recht, dass die Art der Produktion von Nutztieren und der Konsum ihrer Produkte die Kultur und die Werte einer Gesellschaft widerspiegeln. Um dieses Verhältnis und unser Verhalten zu verändern, bedarf es jedoch entsprechender politischer Schritte, etwa zur Bekämpfung des Speziesismus, die mit einer kürzlich eingereichten Interpellation erstmals in die parlamentarische Debatte eingebracht wird (Interpellation vom 22. September 2020, <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20204047>). Solche politischen Schritte sind unerlässlich, um die nötige Entwicklung der Tierschutzgesetzgebung aufzuzeigen. Unsere Koalition hat dem Bundesrat diesen Monat eine Broschüre mit einer Reihe von Zielsetzungen und Massnahmen in diesem Bereich zugesandt. Wir hoffen, dass der Bundesrat diesem Dokument seine Aufmerksamkeit schenkt, und nehmen unsererseits mit grossem Interesse seine Stellungnahme zu der erwähnten Interpellation zur Kenntnis.

Die Tierschutzbestimmungen mögen in der Schweiz strenger sein als in manch anderen Ländern, sie sind aber nach wie vor ungenügend. Die Volksinitiative «Keine Massentierhaltung in der Schweiz» zielt auf eine Verbesserung des Tierschutzes ab. Der Gegenentwurf des Bundesrates geht in dieselbe Richtung, was durchaus bemerkenswert ist, doch der Import von tierquälerisch erzeugten Produkten, der unserer Ansicht nach ein schwerwiegendes Problem darstellt, wird darin nicht behandelt. Zudem ist das darin enthaltene Konzept einer «schonenden Schlachtung» nicht legitim. Bezüglich des Vernehmlassungsverfahrens würden wir uns über eine Antwort auf unser Schreiben vom 11. September 2020 und die darin enthaltenen konkreten Fragen zum Verfahrensablauf freuen.

Wir sind uns bewusst, dass Ihr Amt vor grossen Herausforderungen steht, und bieten Ihnen gerne unsere Unterstützung an, um die Zukunft der Menschen und der Umwelt zu verbessern, indem wir die Zukunft der Tiere verbessern.

Wir danken Ihnen für die Aufmerksamkeit, die Sie unseren Anliegen entgegenbringen, und grüssen Sie freundlich

Catherine Santoru
Gründerin und Co-Präsidentin



Marc Wuarin
Co-Präsident und Kassier



Kopie an: Bundesrat Alain Berset und Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga